



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Gesundheits- und pflegepolitischer Endspurt der Bundesregierung!

Zum Ende der Legislaturperiode fielen zumindest noch Entscheidungen, die ab 2019 für die Krankenhäuser und 2020 für die Pflegeeinrichtungen konkrete Personalbemessungskriterien bringen sollen. Für den Krankenhausbereich sind Untergrenzen für die Personalausstattung in patientensensiblen Bereichen wie Intensivstationen oder im Nachtdienst vorgesehen. Im stationären Altenpflegebereich sollen im Kontext zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff Vereinbarungen zur personellen Ausstattung überprüft und angepasst werden. Wenn uns auch dies alles als zu spät erscheint, ist dennoch die Wahrnehmung der engen Personalsituation in allen pflegerischen Versorgungsstrukturen durch die Politik anzuerkennen. Neben dieser perspektivischen Personalbemessung mit schon jetzt absehbar höherem Personalbedarf bleibt die akute kritische Frage nach Fachkräften, die diese Stellen besetzen könnten. So gilt es jetzt, in den letzten Jahren abgebaute Ausbildungskapazitäten wieder zu erweitern, um der aktuellen Personalnot und dem perspektivischen Fachkräftemangel zu begegnen.

Spannend ist bei Redaktionsschluss die Frage, wie der Bundestag am 22. Juni 2017 zum Pflegeberufsreformgesetz mit Ansätzen der generalistischen Ausbildung in der Pflege entscheiden wird. Das Pflegeberufgesetz trägt mit klarer Definition der vorbehaltenen Aufgaben der Pflege zur Sicherheit der beruflich Pflegenden und im Sinne der Attraktivität für junge Menschen in der Berufswahl als wesentliches Element bei.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine erholsame und schöne Urlaubszeit.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



Mitgliederversammlung

Bekanntgabe
(§ 10 der DPV-Satzung)

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am 14. November 2017 (11.00–15.00 Uhr) in Harztor/Ilfeld statt. Einladung und Tagesordnung folgen in PflegeKonkret 10/2017.

www.dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Bekanntgabe
- 2 • Fachkräftegipfel Pflege
 - 1. Pflorgetag Rheinland-Pfalz
- 3 • Erfassung postoperativer Wundinfektionen
 - Intensivpflege von Frühgeborenen: Personalvorgaben geregelt
- 4 • Öffentliche Sitzung zur Pflegelobby
 - Kontrolle der Pflegedienste
- 5 • Verantwortung für Fenstersturz
 - Betriebsrat verklagt die Helios-Kliniken
- 6 • Veranstaltungen
- 7 • Veranstaltungen
 - Jubilare
- 8 • DPV ganz nah

Fachkräftegipfel Pflege: Gute Arbeit in der Pflege ist oberstes Ziel

(Mainz) Im Mittelpunkt des 2. Fachkräftegipfels Pflege standen die Fachkräftesituation in der Pflege, die Bilanz der „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative – Pflege, 2012-2015“ und die Herausforderungen und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. „Die Pflege ist eine der bedeutendsten Aufgaben für unsere Gesellschaft. Es ist mein Ziel, eine hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen. Dazu brauchen wir ausreichend Personal, gute Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen“, betonte Sozial- und Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler in ihrem Grußwort.

Die Ministerin stellte die Ergebnisse der „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative“ für die Jahre 2012 bis 2015 vor. Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren des Gesundheitswesens und

der Pflege wurden zunächst Handlungsfelder definiert und dann konkrete Maßnahmen ergriffen, um die im Jahr 2011 für das Jahr 2015 prognostizierte Fachkräftelücke von 5.360 fehlenden Pflegekräften zu verringern. Schwerpunkte bildeten die Elemente Ausbildung und Arbeitsbedingungen mit Maßnahmen in der Pflegeausbildung, der Nachqualifizierung von an- und ungelernt Tätigen in der Pflege, der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen, der Weiterentwicklung der Pflegeberufe und der Zuwanderung von ausländischen Pflegekräften. „Zwar hatten wir im Jahr 2015 insgesamt einen Pflegekräfteengpass von 1.900 Personen zu verzeichnen, aber die ursprünglich prognostizierte Lücke konnte um 65% reduziert werden. Das ist das erfreuliche Ergebnis unseres Branchenmonitoring 2015 für die

Gesundheitsfachberufe“, sagte Bätzing-Lichtenthäler. „Dies ist ein Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und dafür danke ich allen Beteiligten. Jetzt geht es darum, weiterhin gemeinsam daran zu arbeiten, dem Fachkräfteengpass entgegenzuwirken. Wir müssen konkrete Maßnahmen fortführen und andere weiterentwickeln, um die künftigen Fachkräftebedarfe zu sichern. Deshalb haben wir uns auf die „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0“ und fünf Handlungsfelder verständigt“, so Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. „Dazu werden wir im Rahmen regionaler Fachkräftedialoge mit den Beteiligten und den Akteuren vor Ort die Handlungsfelder diskutieren und konkrete Ziele und Maßnahmen erarbeiten.“

www.msagd.rlp.de

1. Pfl egetag Rheinland-Pfalz in Mainz

(Mainz) Mit dem ersten Landes-Pfl egetag, der am 03. Mai in Mainz stattgefunden hat, hat sich die rheinland-pfälzische Pflege in ihrer gesamten Vielfalt gezeigt. Über 1.200 Besucher haben sich ein Bild davon machen können, dass die Pfl egenden im Land den Weg der Professionalisierung ihrer Berufsgruppe weiter gehen möchten und dabei geholfen, dass Pflege immer sicht-

barer wird. „Dieser erste Pfl egetag war auch ein Symbol für unser gemeinsames Engagement und eine Grundlage für die Positionierung unserer Forderungen und Anliegen. Spannende Diskussionen, engagierte Vorträge voll innovativer Ideen und kompetente Aussteller haben den ersten Pfl egetag Rheinland-Pfalz zu einer rundum gelungenen Veranstaltung gemacht.

Auch im nächsten Jahr werden wir wieder Pflege gemeinsam gestalten“, betonte Dr. Markus Mai, Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz.

Der Deutsche Pflegeverband war mit einem Stand auf der begleitenden Ausstellung vor Ort. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um mit den Pfl egenden ins Gespräch zu kommen und insbesondere die Zuständigkeiten der Verbände und Kammern zu erläutern. Denn eine starke und selbstbestimmte Pflege benötigt einen Dreiklang aus Verbänden, Kammern und Gewerkschaften. Jede Partei hat ihre spezifischen Aufgaben und leistet somit ihren Beitrag zum Pflegeberuf.

Alle Vorträge dieses 1. Pfl egetages sind auf der Homepage unter www.pfl egetag-rlp.de einsehbar. Am 17. April 2018 findet der Pfl egetag Rheinland-Pfalz 2018 in der Rheingoldhalle in Mainz statt.

www.pfl egekammer-rlp.de



Der Stand vom DPV auf dem Pfl egetag Rheinland-Pfalz war gefüllt mit vielen Informationen zum Nachlesen.

Erfassung postoperativer Wundinfektionen

(Berlin) Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat im April in Berlin eine Patienteninformation zur Datenerhebung bei postoperativen Wundinfektionen beschlossen. Sie gehört somit zum neuen sektorenübergreifenden Qualitätssicherungsverfahren Vermeidung nosokomialer Infektionen – postoperative Wundinfektionen. Darin werden seit dem 1. Januar 2017 alle Wundinfektionen erfasst, die nach bestimmten Operationen stationär behandelt werden – unabhängig davon, ob der Eingriff zuvor in einer Klinik, einer Praxis oder einem Medizinischen Versorgungszentrum stattfand.

Um dabei den Dokumentationsaufwand so gering wie möglich zu halten, wird weitgehend auf bereits routinemäßig erhobene Abrechnungsdaten bei den gesetzlichen Krankenkassen zurückgegriffen. Alle patientenbezogenen Daten werden vor der Weiterverarbeitung von einer unabhängigen Ver-

trauensstelle pseudonymisiert. Damit ist es nun möglich, Infektionen nach einer Operation auch über einen längeren Zeitraum festzustellen, ohne jedoch Rückschlüsse auf die Identität der dahinterstehenden Patienten ziehen zu können.

„Wundinfektionen gehören zu den typischen Komplikationen, die nach einem chirurgischen Eingriff auftreten können. Das gilt unabhängig davon, ob Patienten ambulant oder stationär behandelt wurden. Das neue Qualitätssicherungsverfahren soll helfen, die Anzahl der Wundinfektionen zu senken. Da wir hierzu Daten zur Behandlung erheben, zusammenführen und auswerten, sind fundierte Informationen für Patienten zum Umgang mit diesen Daten ein zentraler Baustein“, erläuterte Dr. Regina Klakow-Franck in ihrer Funktion als unparteiisches Mitglied und Vorsitzende des Unterausschusses Qualitätssicherung.

Die neue Patienteninformation des G-BA steht ab sofort zum Download bereit und unterstützt Krankenhäuser und Praxen dabei, ihre Patienten über das Qualitätssicherungsverfahren und die Datenweitergabe aufzuklären. Zusätzlich steht ein Kurztext zur Verfügung, den Krankenhäuser in ihre Formulare übernehmen können.

Hintergrund: Das sektorenübergreifende Qualitätssicherungsverfahren Vermeidung nosokomialer Infektionen – postoperative Wundinfektionen ist das zweite datengestützte sektorenübergreifende Qualitätssicherungsverfahren des G-BA. Seit Januar 2016 wird bereits die medizinische Behandlungsqualität bestimmter Eingriffe mit einem Herzkatheter – der Koronarangiographie und der perkutanen Koronarintervention (PCI) – sowohl ambulant als auch stationär gesichert.

www.g-ba.de

Intensivpflege von Frühgeborenen: Personalvorgaben geregelt

(Berlin) Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die Schritte und Maßnahmen geregelt, die greifen, wenn Perinatalzentren die Personalvorgaben für die Intensivpflege von Frühgeborenen nicht erfüllen. Einen entsprechenden Beschluss zur Änderung der Qualitätssicherungs-Richtlinie Früh- und Reifgeborene (QFR-RL) hat der G-BA im Mai in Berlin gefasst.

Perinatalzentren, die die Anforderungen an die pflegerische Versorgung auf ihrer Intensivstation ab dem 1. Januar 2017 nicht erfüllen, sind verpflichtet, dies unter Angabe der konkreten Gründe dem G-BA unverzüglich mitzuteilen. In diesem Fall dürfen sie – bei Vereinbarung konkreter Schritte und Maßnahmen zur Erfüllung der Personalvorgaben – längstens bis zum 31. Dezember 2019 von diesen abweichen.

„Im Mittelpunkt der neuen Übergangsregelung steht die Durchführung

eines klärenden Dialogs mit dem Krankenhaus durch das für die Qualitätssicherung zuständige Lenkungsgremium auf Landesebene. Essentieller Bestandteil des klärenden Dialogs ist der Abschluss einer Zielvereinbarung über die konkreten Schritte, die zur Wiedererfüllung der Personalanforderungen geplant werden. Die Krankenhäuser sollen so gut wie möglich bei der Überwindung der Personalengpässe unterstützt werden“, sagte Dr. Regina Klakow-Franck, unparteiisches Mitglied des G-BA und Vorsitzende des Unterausschusses Qualitätssicherung. „Dennoch wird es schwierig werden, die vorgeschriebenen Mindestanforderungen an das pflegerische Personal bei der Intensivversorgung von Frühchen zu erfüllen. Das Problem ist komplex. Um unsere Qualitätsziele in der Frühchenversorgung endlich zu erreichen, bedarf es nicht nur einer neuen Über-

gangsregelung durch den G-BA, sondern insbesondere auch konzertierter Aktionen auf Landesebene wie etwa den Aufbau neuer Ausbildungskapazitäten, sowie von der Bundesebene ein klares Signal für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Pflegeprofession.“

www.g-ba.de



© Wolfgang Kumm/dpa

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit zur Pflegelobby

(Berlin) Am 31. Mai 2017 fand eine öffentliche Sitzung zum Antrag der Abgeordneten Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Maria Klein-Schmeink und weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Eine Lobby für die Pflege – Arbeitsbedingungen und Mitspracherechte von Pflegekräften verbessern“ im Bundestag statt.

Die Grünen-Fraktion erklärte in ihrem Antrag, trotz des Personalmangels fehlten wirksame gesetzgeberische Initiativen, um die prekäre Lage in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern nachhaltig zu lösen. Dringend entwickelt, erprobt und eingeführt werden müssten bundesweit verbindliche Personalbemessungsregelungen für Krankenhäuser sowie die ambulante und stationäre Pflege. Zudem müsse darauf hingewirkt werden, die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern, etwa durch gesundheitsfördernde und altersgerechte Arbeitsplätze sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Forderungen wurden größtenteils vom Deutschen Pflegever-

band begrüßt. Es gab Gelegenheit, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu thematisieren und auf die notwendige personelle Stärkung der professionellen Pflege hinzuweisen. Durch den Personalmangel kommt es zu einer Arbeitsverdichtung, die mit psychischen und physischen Folgen für die Pflegenden verbunden ist, häufig führen diese zur Aufgabe des Jobs, was das Personalproblem wiederum verschärft.

Die langjährigen Fehlentwicklungen in der Pflege müssen schnellstmöglich korrigiert werden. Dabei bilden die geplanten Personaluntergrenzen für pflegesensitive Bereiche in Krankenhäusern nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung. Notwendig sind weitere umfangreiche Maßnahmen, um auch Menschen für diesen Beruf (zurück) zu gewinnen. Alarmierende Zahlen präsentierte das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (dip). Seit mehr als 20 Jahren müsse die Pflege im Krankenhaus „einen erheblichen Aderlass“ verkraften. In dieser Zeit habe es an den Kliniken einen gigantischen Umverteilungsprozess zugun-

ten der Ärzte und zuungunsten der Pflegekräfte gegeben. Die Gesamtpersonalkosten für Ärzte an Krankenhäusern seien seit 2005 um 80 Prozent gestiegen, für das Pflegepersonal hingegen nur um rund 25 Prozent. 2013 seien erstmals die Gesamtpersonalkosten für Ärzte an Kliniken höher ausgefallen als die für das gesamte Pflegepersonal. Zudem weise die Bundesagentur für Arbeit schon seit Jahren in fast allen Teilen Deutschlands einen „leer gefegten“ Arbeitsmarkt aus.

Anzuhörende Verbände waren u.a.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW), Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA), Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG), Deutsche Stiftung Patientenschutz, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutscher Pflegerat e.V. (DPR), ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

BT-Drucksache 18/11414

Kontrolle der Pflegedienste wird verschärft

(Saarbrücken) Auch die ambulanten Pflegedienste unterstehen im Saarland künftig der Heimaufsicht. Außerdem müssen alle in der Pflege arbeitenden Menschen in bestimmten Zeiträumen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Das hat das Landesparlament kürzlich beschlossen. Sozialministerin Monika Bachmann (CDU) erklärte, durch die Novellierung des Landesheimgesetzes könne man besser auf Missstände reagieren. So könne man durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die ambulanten Pflegedienste den Abrechnungsbetrug leichter bekämpfen und bei Beschwerden über die Pflegedienste Überprüfungen einleiten. Es sei aber nur eine anlassbezogene Strukturprüfung vor-



© Gina Sanders/Fotolia.com

Die vom Landesparlament beschlossene Kontrolle der Pflegedienste im Saarland soll neben der Bekämpfung des Abrechnungsbetruges die Qualität der Pflegeleistungen sichern.

gesehen. Der Zwang zur Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen solle die Pflegekräfte nicht unter Generalverdacht stellen. Vielmehr könnten derart klare Regelungen dafür sorgen, dass „schwarze Schafe“ künftig weniger Möglichkeiten mehr haben, den guten Ruf der Pflege und der dort Arbeitenden nachhaltig zu belasten.

Die Neufassung des Gesetzes sieht eine erweiterte Experimentierklausel vor. Danach kann die Heimaufsicht den Trägern auf Antrag erlauben, neue und „von den verfassten Verordnungen abweichende modellhafte Betreuungs- und Wohnsettings einzurichten“.

www.aerztezeitung.de

Verantwortung für Fenstersturz

Demente Patientin springt aus dem Fenster

Das Oberlandesgericht (OLG) Hamm verurteilt ein Krankenhaus zu Schadenersatz, weil eine demente Patientin aus einem ungesicherten Fenster ihres Krankenzimmers entweichen will und dabei in die Tiefe stürzt.

Die klagende Krankenversicherung verlangte von dem Träger des Krankenhauses die Erstattung von Kosten, die ihr für die Behandlung der versicherten Patientin entstanden sind. Die demente Patientin wurde aufgrund eines Schwächeanfalls stationär in das Krankenhaus der Beklagten eingewiesen. Am Aufnahme-tag gab sie sich unruhig, aggressiv, verwirrt und desorientiert. Sie zeigte Weglauftendenzen und wollte die Station verlassen. Mit verabreichten Neuroleptika konnte die Patientin nicht ruhig gestellt werden. Um sie am Weglaufen zu hindern, verstellten Krankenschwestern der Beklagten deswegen u.a. die Tür des Krankenzimmers der Patientin von außen mit einem Krankenbett. Die Patientin kletterte unbemerkt aus dem Zimmerfenster und stürzte auf ein ca. fünf Meter tiefer liegendes Vordach. Sie erlitt erhebliche Verletzungen, unter anderem Rippenfrakturen, zudem eine Lendenwirbel-, eine Oberschenkel- und eine Beckenringfraktur. Die Verletzungen wurden in einer anderen Klinik operativ versorgt. Von dort aus kam die Patientin in ein Pflegeheim, in dem sie später verstarb. Für

die unfallbedingte Heilbehandlung und ein Krankenhaustagegeld wandte die Klägerin ca. 93.300 Euro auf, die sie von der Beklagten unter Hinweis auf unzureichende Sicherungsmaßnahmen verlangt.

Die Klage war in zweiter Instanz erfolgreich. Der 26. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm hat der Klägerin den geltend gemachten Schadenersatz aufgrund übergegangener Schadenersatzansprüche der Patientin zugesprochen. Die Beklagte habe, so der Senat, gegen ihre vertraglichen Fürsorgepflichten und gegen die ihr obliegende Verkehrssicherungspflicht verstoßen. Die notwendigen Vorkehrungen gegen ein Heraussteigen der Patientin aus dem Fenster des Krankenzimmers seien der Beklagten möglich und zumutbar gewesen. Das pflichtwidrige Unterlassen dieser Maßnahme begründe ihre Haftung.

www.justiz.nrw.de

Rechtskräftiges Urteil des 26. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Hamm vom 17.01.2017 (26 U 30/16)



© Andy Dean / Fotolia

Betriebsrat verklagt die Helios-Kliniken

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin hat die Helios-Kliniken zur Zahlung von 88.000 Euro Ordnungsgeld verurteilt. Der Betriebsrat hatte Klage gegen die Klinikführung eingereicht, weil zahlreiche Mitarbeiter aus dem Pflegebereich sich beschwert haben, dass sie aufgrund von Arbeitsverdichtung keine Pause einlegen durften. Hierbei sehen der Betriebsrat und das Gericht eine Verletzung der gesetzlichen Pausenzeitregelungen. Bei dem Fall handelt es sich um eine zweite Klage des Betriebsrats. Denn bereits im Jahr 2014 forderte das Gericht die Klinikleitung auf, die Pausen für ihre Mitarbeiter einzuhalten. Da die Klinikleitung trotzdem keine Abhilfe schaffte, legte der Betriebsrat eine sofortige Beschwerde beim LAG Berlin-Brandenburg ein. Er beantragte, „dem HELIOS Klinikum, wegen der Verpflichtung aus dem Beschluss des LAG Berlin-Brandenburg vom 17.09.2014, ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 570.000 Euro aufzuerlegen.“ Begründet wurde die Verhängung des Ordnungsgeldes mit 57 Verletzungen der Pausenzeitregelungen.

Die Klinikleitung hatte sämtliche Vorwürfe zurückgewiesen. Es folgte eine umfassende Aufklärung des Sachverhaltes durch das LAG mit dem Ergebnis, dass in 44 Fällen Verstöße gegen die Pausenzeitregelungen vorlagen. Da es sich um erstmalige Verstöße des HELIOS Klinikums nach dem Verfahren im Jahr 2014 handelte und der Ordnungsgeldrahmen deshalb nicht ausgeschöpft werden durfte, hielt das LAG ein Ordnungsgeld pro Verstoß in Höhe von 2.000 Euro für angemessen. Bei weiteren Gesetzesverstößen ist somit mit einem höheren Ordnungsgeld zu rechnen.

Urteil: Zeichen 15 Ta 1522/16 LAG Berlin-Brandenburg vom 05.04.2017

Service-Point Nordost

(Harztor/Ilfeld) Am 31.05.17 fand in unserem DPV-Service Point in der Neanderklinik-Harzwald GmbH eine Veranstaltung zu dem Thema „Pflegerstärkungsgesetz II – Was bedeutet dies für uns?“ statt. Die kostenlose Veranstaltung wurde von 40 interessierten Bürgern der Landgemeinde Harztor und Umgebung besucht. Die Referentin Heike König,



AOK Plus Sachsen und Thüringen, informierte umfänglich über die neuen Leistungen der Pflegeversicherung, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, das neue Begutachtungsinstrument und die neuen fünf Pflegegrade sowie die ersten Erfahrungen in der Umsetzung. Eine rege Diskussion rundete diese interessante Veranstaltung ab.

Wundmanagement – oder doch nur Wunden verbinden?

Pflegefachtagung & ICW-Rezertifizierung

mit dem Wundexperten Gerhard Schröder

26. Juli 2017

09:00–16.30 Uhr

Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe der Neanderklinik Harzwald GmbH
Neanderplatz 4, 99768 Harztor OT Ilfeld

Themen

- Wunddokumentation
- Neues zum Thema Hygiene

- Lokale Wundversorgung
- Rechtliche Fragen & Aspekte

Teilnahmegebühr

80 €, für DPV-Mitglieder: 60 €, mit ICW-Zertifikat zzgl. 30 €

Anmeldung bis 20 Juli 2017

Für die Teilnahme erhalten Sie 6 Fortbildungspunkte bei der Registrierung beruflich Pflegender RbP GmbH.

Info

DPV Hauptgeschäftsstelle

Tel.: 02631-838822

E-Mail:

info@dpv-online.de



© Thinkstock

Zukunft Pflege Dresden 2017

2. Pflegemesse in Dresden

02./03. September 2017

Messe Dresden

Die 2. Pflegemesse Dresden versteht sich als Branchentreffpunkt und Leitmesse in Dresden für stationäre und ambulante Alten- und Krankenpflege sowie auch für Rehabilitation und Betroffene.

Das Ziel dieser Messe „Zukunft Pflege“ ist es, alle Branchen zentral an einem Ort zusammenzufassen. Die Aussteller stellen ihre Produkte und Dienstleistungen aus

allen Pflegebereichen vor. Zukunftsorientierte Lösungen werden Ihnen außerdem für die Bereiche Therapie und Ernährung, Hauswirtschaft, Reise- und Freizeitgestaltung, Bekleidung, Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen, sowie Gebäude-, Informations- und Kommunikationstechnik geboten.

Des Weiteren haben Sie bei den Fachvorträgen die Gelegenheit, sich über die elementaren Themen des Pflegesystems zu informieren.

Der DPV wird mit einem Stand vor Ort sein. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Anmeldung & Information

www.pflegemesse-dresden.de



Internationaler Tag der Patientensicherheit

Wenn Schweigen gefährlich ist – Kommunikation im Gesundheitswesen

17. September 2017

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS) und seine Partner rufen in diesem Jahr zum dritten Mal den

Internationalen Tag der Patientensicherheit / International Patient Safety Day aus. Der Aktionstag findet am Sonntag, den 17. September 2017 und in der folgenden Woche statt. Alle interessierten Akteure im Gesundheitswesen sind eingeladen, aktiv am Aktionstag teilzunehmen. Das Thema in diesem Jahr lautet: „Wenn Schweigen gefährlich ist –

Kommunikation im Gesundheitswesen“.

Alle Informationen zum Aktionstag:

www.tag-der-patientensicherheit.de



9. Konsensus-Konferenz in der Pflege

Pflege von Menschen mit Demenz

06. Oktober 2017 in Osnabrück
Osnabrück Halle

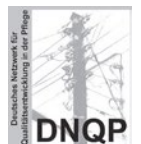
Der Expertenstandard zur Pflege von Menschen mit Demenz geht zunächst nicht von den Herausforderungen der Folgen von Demenz für die Pflege aus,

sondern stellt das Bedürfnis und den Bedarf von Menschen mit Demenz nach dem Erhalt und der Förderung ihrer sozialen und personalen Identität und die Stärkung Ihres Person-Seins in den Mittelpunkt, indem durch individuelle Interaktions- und Kommunikationsangebote ein Beitrag zur Beziehungsgestaltung und damit der Lebensqualität von Mensch mit Demenz geleistet wird.

Info

Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP)
Hochschule Osnabrück
Caprivistr. 30 A
49076 Osnabrück
Tel.: 0541-969-2004
E-Mail: dnqo@hs-osnabrueck.de

www.dnqp.de



Jubilare Juli/August 2017

45 Jahre Mitgliedschaft

Aktas, Ute, Bad Wildungen
Vohl, Ute, Maxsain

40 Jahre Mitgliedschaft

Tiedtke, Petra, Monsheim

35 Jahre Mitgliedschaft

Bösiger, Heike-Alice, Kassel

30 Jahre Mitgliedschaft

Lutz, Hubert, Kaiserslautern
Huber, Sabine, Groß-Umstadt
Klemm, Britta, Frankfurt

Hirmer, Thea, Spiesen-Elversberg
Kauck, Heinrich, Grebenhain
Lauer, Marina, Flieden

25 Jahre Mitgliedschaft

Bauer, Thomas, Biedenkopf
Kolb, Gabriele, Zweibrücken
Ostermann, Marie-Theres, Landau
Kennedy, Jutta, Bad Vilbel
Meurer, Claudia, Graftschaff
Lange, Andrea, Dresden
Kneschk, Rita, Lamsbheim
Kallfisch, Claudia, Ensdorf
Lohre, Sabine, Großrosseln

20 Jahre Mitgliedschaft

Jäger, Cornelia, Landau
Bickel, Detlef, Altenburg
Hildebrandt, Renate, Walluf
Steinfeld, Helga, Konz
Monecke, Markus, Frankfurt





Wir bedanken uns für Ihre Treue!

DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79
10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@
dpv-online.de

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Marion Mielsch
marion.mielsch@t-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepoint
bayern@dpv-online.de

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@
dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@
kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als
Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
khheller@gmx.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Deutscher Pflegeverband (DPV),
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de
info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.heilberufe.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

KLIEMO A.G. / S.A. / N.V.
Hütte 53
4700 EUPEN, BELGIEN